

Die Zensur umgangen

Von einer undogmatischen Westberliner Stadtzeitung zum klandestinen Organ der Autonomen - vor 50 Jahren erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift *Radikal*

Von Florian Osuch

Es war eine Kleinanzeige im Berliner *Extra-Dienst*, die alles auslöste. Anfang 1976 suchte ein ehemaliger Redakteur der linksradikalen Westberliner Zeitschrift *883* – deren Erscheinen 1972 nach fortwährenden Beschlagnahmungen endete – Mitstreiterinnen und Mitstreiter für ein neues Zeitungsprojekt. Wie für Linke jener Zeit üblich, stritt man sich über den Namen, noch bevor ein erstes Heft erstellt worden war. Schließlich nannte man die Zeitschrift *Radikal*, der Untertitel lautete »Sozialistische Zeitung für Westberlin«. Die erste Ausgabe erschien am 18. Juni 1976; enthalten waren Berichte über Mieterinitiativen, Schulpolitik und Internationalismus, dazu ein offenes Diskussionsforum für linke Gruppen.

Die Gesamtlage der radikalen Linken in der BRD, innerhalb derer die Zeitschrift entstand, war von Fragmentierung geprägt. Die außerparlamentarische Opposition (APO) hatte sich in rivalisierende Imitationen der historischen KPD, in Spontigruppen, Frauenbewegung und unzählige Basisinitiativen aufgespalten. Die neue Zeitung wollte durch einen solidarischen Geist dem Konkurrenzverhalten und der Sektiererei gegensteuern. So verstand sich die *Radikal* von Beginn an als Zeitung von der Bewegung für die Bewegung und erschien zunächst wöchentlich, dann zweiwöchentlich, später unregelmäßig. Die frühe *Radikal* veranstaltete überregionale Treffen linker Zeitungen und richtete ein monatliches Koordinationsforum für Westberliner Alternativmedien ein.

Sowohl sprachlich als auch optisch sollte die *Radikal* »in jeder Hinsicht gut lesbar sein«. Verständliche Texte statt »Organisationssprechblasen oder das öde Szenekauderwelsch«. Auch ästhetisch war das Heft vergleichsweise modern. Das Blatt »unterschied sich von Anfang an nicht nur inhaltlich, sondern auch im Aussehen von den ML-Blättern oder dem einfacher gemachten *Info-BUG*«. ¹

Es dauerte nicht lange, bis Polizei und Staatsanwaltschaft auf die Publikation aufmerksam wurden. Die erste größere Strafverfolgung kam 1978 nach dem Abdruck des sogenannten Buback-Nachrufs – jenes viel zitierten Textes aus einer Göttinger Universitätszeitung, in dem »eine klammheimliche Freude« über die Erschießung des Generalbundesanwalts durch die RAF geäußert wurde. Der presserechtlich Verantwortliche wurde zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Verfahren war ein frühes Signal: Die Menschen hinter der

Radikal würden für das, was gedruckt wurde, juristisch haftbar gemacht werden.

Das Verhältnis der Redaktion zur RAF war von Beginn an ambivalent. Die frühe *Radikal* war explizit undogmatisch und sah sich als Gegenpol zur militärisch-hierarchischen Gruppierung. Autorinnen und Autoren diskutierten teils solidarisch die Attentate der RAF und der Revolutionären Zellen (RZ), ohne sich mit deren Konzept zu identifizieren. Dies machte die Zeitung für den Staatsschutz verdächtig und für Teile der sich konstituierenden autonomen Bewegung attraktiv.

Generationswechsel

Um 1980 setzte ein grundlegender Wandel ein. Ein neuer Jahrgang übernahm die Redaktion, teils junge Leute, die aus Westdeutschland nach Westberlin gezogen waren, angelockt von Subkultur und Hausbesetzerszene.² Einige ältere Redaktionsmitglieder wechselten zur kurz zuvor gegründeten *Tageszeitung* (*Taz*). Der Untertitel änderte sich: Aus der »Sozialistischen Zeitung für Westberlin« wurde die »Zeitung für unkontrollierte Bewegungen«. Das war kein kosmetischer Wechsel. Das Konzept der Gegenöffentlichkeit – wir berichten, was andere verschweigen – galt dem neuen Kreis als abgenutzt. Es sollte statt dessen der herrschenden Wirklichkeit eine eigene entgegengesetzt werden. Konkret bedeutete das unzensurierte Berichte über militante Aktionen, den Abdruck von Bekennerschreiben der RZ und anderer militanter Gruppen, gelegentlich technische Anleitungen zur Sabotage, zum effizienten Klauen oder für den Straßenkampf. Eine Rubrik bündelte die wichtigsten Anschläge des vergangenen Monats.

In Westberlin waren damals zeitweise rund 140 Häuser von mehr als 3.000 Menschen besetzt. Als im September 1981 im Zusammenhang mit der Räumung mehrerer besetzter Häuser Klaus Jürgen Rattay starb, stand Westberlin am Rand eines Aufstands. Die *Radikal* war in dieser Zeit ein wichtiges Sprachrohr der Bewegung und Organ für zahlreiche Mobilisierungen, wie gegen den [Besuch des US-Präsidenten Ronald Reagan in Westberlin im Juni 1982](#) (vgl. *junge Welt* vom 11.6.2022). Die damalige Auflage von rund 6.000 Exemplaren hatte tatsächlich eine weitaus größere Reichweite, da die Zeitung in Wohngemeinschaften, Infoläden, Cafés und in politischen Gruppen zirkulierte. Trotz der Nähe zur teils militanten Hausbesetzer- und autonomen Bewegung gab es sowohl bei den Produzenten der *Radikal* als auch in der Leserschaft Überschneidungen mit der damaligen *Tageszeitung Taz* und mit der Alternativen Liste (AL), die später in Bündnis 90/Die Grünen aufging.

Im gesamten Jahr 1982 stand die *Radikal* unter erheblichem Repressionsdruck. Ermittelt wurde unter anderem nach Paragraph 129 a Strafgesetzbuch (StGB) – Werbung bzw. Unterstützung für eine terroristische Vereinigung. Anlass war die Dokumentation einer Erklärung der Revolutionären Zellen. Am 1. Dezember 1982 durchsuchte die Berliner Polizei 14 Wohnungen, zwei besetzte Häuser, drei Druckereien, zwei Buchläden, einen Verlag und einen Buchvertrieb. Am 13. und 14. Juni 1983 wurden Michael Klöckner und der Journalist Benny Härlin verhaftet – stellvertretend für die unbekannten Redaktionsmitglieder. Klöckner hatte das Konto der Zeitung geführt und Härlin stand in früheren Ausgaben im Impressum. Eine konkrete Beteiligung an der

kriminalisierten Ausgabe ließ sich zwar nicht nachweisen, trotzdem wurden die beiden zu je zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Verteidigt wurde das Duo unter anderem von Hans-Christian Ströbele.³ Die Strafe wurde jedoch nie vollstreckt, weil beide im Mai 1984 für Die Grünen ins Europaparlament gewählt wurden und durch Immunität geschützt waren.

Die Repression ließ jedoch nicht nach. Erneut gab es Razzien, das Bankkonto wurde gesperrt und das Postfach rund um die Uhr observiert. Die *Taz*, die vorübergehend ihre Adresse zur Verfügung gestellt hatte, bekam ihrerseits Besuch von der Polizei, die alle eingegangenen Briefe beschlagnahmte. In der *Radikal*-Ausgabe 126/127 erklärten die Macher die Einstellung der Zeitung.

Gang in den Untergrund

Noch 1984, aber einige Monate später, erschien die *Radikal* neu, mit der Nummer 128 und unter dem Motto »Frohe Botschaft – Der Kampf geht weiter«. Ab sofort gab es jedoch kein Impressum mehr und nur eine anonyme Kontaktadresse in den Niederlanden. Die Übernahme durch neue Menschen, die selbst »keinen Check von Zeitungsmachen« hatten, erfolgte in einer Krise der Bewegung. Die Besetzerszene war durch Räumungen und den Streit um die Legalisierung zerbrochen, die autonome Szene insgesamt zersplittert. Das neue Redaktionskollektiv schrieb nicht mehr für eine schnell anwachsende Massenbewegung, sondern für ihren verstreuten Rest. Der ausbleibende allgemeine Aufstand und Repression hatten zu Resignation geführt.

Die Klandestinität der *Radikal* war kein Programm, sondern ein Zwang. Man werde nicht illegal, weil man »Bock darauf hat, sich zu verstecken«, sondern weil es einem aufgezwungen werde. Die Alternative wäre Anpassung, also genau das, was der Staatsschutz bezweckte. Das war die eigentliche Botschaft des Fortbestehens. Inhaltlich blieb die Zeitung Spiegelbild und Diskussionsmedium der sozialen und autonomen Bewegungen in der BRD, brachte Berichte von Protesten der Anti-AKW-Bewegung oder gegen die Startbahn West in Frankfurt am Main. Es ging um Antimilitarismus, die Friedensbewegung und deren radikalen Rand. Es gab Debatten über Sinn und Zweck des zivilen Ungehorsams oder der Militanz. Repression, Knast und die Solidarität mit Gefangenen waren ein Dauerthema. Kontinuierlich ging es auch um Feminismus und Frauenkämpfe. Ausführlich wurden internationale Konflikte und Aufstände behandelt, wie etwa in Palästina, El Salvador, Südafrika oder in Nordirland.

Fortgesetzt wurde auch das Abdrucken von Anleitungen zur Sabotage. Der Stellenwert solcher Beiträge war innerhalb der Redaktion allerdings strittig, wie Produzenten der *Radikal* in einem Interview 1989 einräumten.⁴ Das Dokumentieren von Bekennerschreiben militanter Gruppen, insbesondere der Revolutionären Zellen, war dagegen Programm. Man wolle Akteuren ein Forum bieten, die in bürgerlichen Medien nicht vorkamen. Die Polizei versuchte, die *Radikal* zum verlängerten Arm von RAF, RZ und anderen Militanten zu erklären – die Zeitung stand allerdings für eine breite, undogmatische, dezentralisierte Bewegung.

Durch den Gang in die Illegalität änderte sich der organisatorische Rahmen deutlich. Die Macherinnen und Macher der *Radikal* mussten erhebliche

logistische und finanzielle Ressourcen aufwenden, um die Zeitung im Verborgenen herzustellen. Zu den größten Problemen zählten eingeschränkte interne Kommunikation, ein schwerfälliger Austausch mit der Leserschaft, Handverkäufern und Buchläden (»Für die Beantwortung deines Briefes brauchen wir bis zu drei Monate«) sowie das Fehlen eines Kontos. Hinzu kamen der eigentliche Druck und ein kostspieliger Vertrieb. Im Jargon jener Zeit und mit der üblichen Kleinschreibung formulierte man es später so: »es gab keinen zweifel an der richtigkeit des vorhabens, sondern nur, ob wir es überhaupt schaffen können, bevor z. b. die bullen erneut zuschlagen. (...) das hieß dann, illegalität lernen, gleichzeitig den büro-apparat mit kohlescheiße und rechnungen blicken, und dann noch möglichst viel energie für den inhalt der zeitung.«⁵

Die logistischen Schwierigkeiten führten dazu, dass die Beteiligten mehr organisatorische Arbeiten erledigten, als sich auf redaktionelle Inhalte zu konzentrieren. Trotz aller Vorkehrungen kam es schon zwei Jahre und gerade mal vier Ausgaben später zum erneuten Eingreifen der Polizei.

Buchläden im Fokus

1986 wurde ein größerer Teil der Auflage der Nummer 132 in einem Postamt in Bielefeld beschlagnahmt. Anlass war ein Artikel, der angesichts der wachsenden Zahl von Anschlägen gegen die Infrastruktur der Atomindustrie die Perspektive militanten Widerstands diskutierte. Die *Radikal* war aufgefliegen, weil eifrigen Mitarbeitern der Post die hohe Zahl offen als »Büchersendung« verschickter Einzelabonnements aufgefallen war – eine verschlossene Verschickung hätte die Portokosten um das Dreifache auf mehrere tausend D-Mark erhöht. Die verständigte Polizei konfiszierte die Hefte. Den Ermittlern fielen dabei Paketkarten in die Hände, wodurch sie auch den Weg bereits versendeter Zeitungen nachvollziehen konnten. Die Karten wurden zu Zwecken der Reklamation aufbewahrt. Vermerkt waren darauf Empfänger und als Absender die Auslandsadresse der *Radikal*.

So folgten zwischen August 1986 und Februar 1987 über 100 Razzien in linken und alternativen Buchläden sowie bei Privatpersonen. Gegen fast 200 Personen wurde wegen Verstoßes gegen den Paragraphen 129 a StGB ermittelt. Fünf Personen wurden zu teils hohen Bewährungsstrafen verurteilt. Die Polizei zielte auf das Vertriebsnetz der Zeitung, was weitgehend gelang: Viele Läden gaben die Zeitung aus Angst oder nach wirtschaftlichen Rückschlägen durch Gerichtskosten und Strafzahlungen auf. Die *Taz* schrieb am 15. März 1987 nüchtern, die *Radikal* sei »durch die permanente Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft praktisch vernichtet«. Die Zeitung hielt dagegen. Das neue Motto lautete: »Die Verteilung der *Radikal* kann nur Sache aller LeserInnen sein.« Der Vertrieb sollte dezentral erfolgen, jeder Leser sollte ein potentieller Verteiler werden.

Die Klandestinität, die der Repression geschuldet war, erzeugte einen Effekt, den die Redaktion selbst mit Skepsis betrachtete: ein Mythos entstand. Das zeitweise nur halbjährlich erscheinende Blatt war begehrt und kursierte in WGs, besetzten Häusern und Zentren. Selbst ältere Ausgaben wurden gekauft und weitergereicht. Die Repression selbst war dabei wohl der wichtigste Motor.

Jede Razzia, jede Beschlagnahme, jedes neue Verfahren machte die *Radikal* bekannter und begehrter. Die Identifikation mit dem Projekt wuchs.

Der »große Lauschangriff«

Im Juni 1993 begann das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz einen Lauschangriff auf ein Wochenendhaus in der Eifel. Neueste Abhörtechnik wurde in den Räumen plaziert. Über ein halbes Jahr zog sich der Abhörvorgang hin, der zu diesem Zeitpunkt gesetzlich nicht geregelt war. Genehmigt worden war der erste sogenannte große Lauschangriff wegen der Vermutung, in dem Haus würden sich Mitglieder der RAF und ihr linksterroristisches Umfeld treffen.

Am 18. und 19. September 1993 wurden sieben Personen belauscht. Die spätere Konstruktion der Bundesanwaltschaft ergab, dass bei der Zusammenkunft keine Anschläge geplant wurden, die Ermittler hatten offenbar eine Redaktionssitzung der *Radikal* mitgeschnitten. Um die 800 Seiten Gesprächsprotokolle wurden angefertigt und die sieben Personen fortan umfangreich überwacht. Anderthalb Jahre wurden sie beschattet, Post wurde geöffnet, Telefone und öffentliche Telefonzellen abgehört, Freunde, Arbeitsstellen und politische Zusammenhänge ausgeforscht. Die Ermittler meinten, über diese sieben Leute Verbindungen zur RAF belegen zu können.

Schlag am 13. Juni 1995

Exakt zwölf Jahre nach der Verhaftung von Klöckner und Härlin holte die Polizei zu einem harten Schlag gegen die linksradikale Szene aus. Bundesweit durchsuchten sie über 50 Wohnungen, Arbeitsplätze und linke Projekte, darunter in Bremen, Oldenburg, Lübeck, Münster, Berlin und Köln. Die Aktion richtete sich gegen vier verschiedene Gruppen: die Macherinnen und Macher der *Radikal*, das K. O. M. I. T. E. E., die »Antiimperialistische Zelle« (AIZ) sowie die RAF.

Die Zusammenlegung der vier Ermittlungskomplexe in einer einzigen Großoperation entsprach der Darstellung der Bundesanwaltschaft, eine »Allianz terroristischer und krimineller Gruppen« auf einen Streich ausheben zu können. Tatsächlich standen die Gruppen in keiner nachgewiesenen Verbindung zueinander – was das Verfahren im Lauf der Jahre auch belegte. Dem K. O. M. I. T. E. E. war ein misslungener Anschlag auf den Bau eines Abschiebegefängnisses in Berlin zur Last gelegt worden. Drei Männer waren untergetaucht; sie wurden viele Jahre [später in Venezuela aufgespürt](#) (vgl. *junge Welt* vom 8.3.2025). Die RAF-Verdächtigen waren ganz andere Leute, und die »Antiimperialistische Zelle« bestand offenbar lediglich aus zwei Männern ohne engere Bindung an die linke Szene, von denen einer später zum Salafismus abdriftete.

Jenen Kreis, der zwei Jahre zuvor in der Eifel belauscht worden war, traf es hart. Vier Männer wurden verhaftet und zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe gebracht. Drei weitere Männer und eine Frau tauchten unter. Bei den Durchsuchungen war massenhaft Material, darunter über 1.000 Disketten, beschlagnahmt worden. Die teils verschlüsselten Datenträger – offenbar hatte man bei der *Radikal* frühzeitig auf IT-Expertise gesetzt – wurden geknackt. Die

Polizei interpretierte die Unterlagen als Protokolle von Redaktionstreffen und Diskussionspapiere der Zeitung.

Inzwischen hatte sich eine große Solidaritätsbewegung für die *Radikal* gebildet. Im November 1995 erschien die erste Nummer von *Radikale Zeiten – Zeitung gegen die Verfahren wegen Radikal, K. O. M. I. T. E. E., AIZ und RAF*, die ein Jahr lang mit sieben Ausgaben erschien. In Hamburg demonstrierten rund 10.000 Menschen unter dem Motto »Radikal ins nächste Jahrtausend«. Im Laufe des Jahres 1996 bröckelte das Konstrukt der Bundesanwaltschaft. Der Vorwurf der Unterstützung terroristischer Vereinigungen wurde fallengelassen. Alle Versuche, eine Verbindung zwischen *Radikal*, AIZ, K. O. M. I. T. E. E. und RAF zu belegen, erwiesen sich als haltlos. Das Verfahren zur *Radikal* wurde an die Staatsanwaltschaft Koblenz abgegeben. Dort wurde es im Herbst 1997 gegen die Auflage zur Zahlung von je 1.000 D-Mark an eine NGO eingestellt. Der Versuch der Bundesanwaltschaft, eine Zeitungsredaktion pauschal zu kriminalisieren, war gescheitert.

Zwischenzeitlich hatte ein breites Bündnis eine »Dokumentation kriminalisierter Texte« aus der *Radikal* veröffentlicht und erklärt, man wehre sich »gegen diese Form staatlicher Zensur«. Man müsse auch kein Freund der in der *Radikal* veröffentlichten Beiträge sein, »um ihr Recht auf Erscheinen uneingeschränkt zu bejahen«.⁶ Die Kriminalisierung sei ein Versuch, »das Recht auf freie Meinungsäußerung auszuhöhlen«. Zu den Herausgebern der Dokumentation gehörten mehrere Professoren der Freien Universität Berlin wie Elmar Altvater und Peter Grottian, Juristinnen und Juristen, einzelne Gewerkschafter der IG Medien, linke Autorinnen und Autoren unter anderem von der *Taz*, der damalige Chefredakteur der *jungen Welt*, Klaus Behnken, sowie mehrere Politiker der PDS. Die inhaltliche Breite der dokumentierten Texte ist bemerkenswert aktuell: Protest gegen Atomindustrie, Rechtsterrorismus, Umstrukturierung urbaner Räume (der Begriff der Gentrifizierung kam erst später), der Rechtsdrall der *Jungen Freiheit*, rechte Jugendkultur, Protest gegen die Bundeswehr und die Freiheitsbestrebungen in Kurdistan.

Nachfolger

Noch einige Zeit verging, und die *Radikal* erschien erneut – unregelmäßig und weiterhin klandestin. Inhaltlich hatte bereits seit Ende der 1980er Jahre das Themenfeld Antifaschismus (und wie mit dem erstarkenden Neonazismus umzugehen sei) einen bedeutenden Stellenwert eingenommen. In den Jahren 2004 und 2005 erschienen neue Ausgaben, die wiederum Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen nach sich zogen. Ende 2006 gab es eine Jubiläumsausgabe: 30 Jahre *Radikal* mit zwei Schwerpunkten: den Rückblick auf drei Jahrzehnte *Radikal* und den Ausblick auf die bevorstehenden Proteste zum G8-Gipfel in Heiligendamm. Dann war Schluss. Die Lücke der zuletzt nur noch sporadisch erscheinenden *Radikal* hatten inzwischen andere Medien wie die in Berlin wöchentlich, später zweiwöchentlich erscheinende *Interim* übernommen. Ein Großteil der Diskussionen und Mobilisierungen hatte sich derweil bereits ins Internet verlagert, wie etwa zum Hamburger Medienprojekt »Nadir« oder zur Plattform »Indymedia«.

Ab 2009 stellte ein neues Kollektiv – die »Revolutionäre Linke« (RL) – fünf weitere Ausgaben der *Radikal* her. Der programmatische Bruch zum Vorgängerprojekt war tief: War die ursprüngliche *Radikal* dem autonomen Spektrum verpflichtet, hieß es nun: »Für den Kommunismus«. Der Name war Kontinuität, der Inhalt war Zäsur. Im Mai 2013 fanden in Berlin, Stuttgart und Magdeburg Hausdurchsuchungen statt; neun Beschuldigten wurde wieder die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Das Strafverfolgungskonstrukt war dasselbe wie 1983 und 1995. Eine der neun Beschuldigten nahm sich 2014 das Leben.⁷ Wie zuvor schmolz erneut der Vorwurf zusammen: Ein Mann wurde später wegen Beihilfe zur Brandstiftung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Der Titel *Radikal* war nun wieder frei und wird seit einigen Jahren von anarchistischen Gruppen genutzt. Die Macherinnen und Macher dieser *Radikal* stellen wiederum ihre Themen, wie den »permanenten Angriff gegen die Autoritäten«, ins Zentrum der Hefte. Weder die orthodox-kommunistische noch die anarchistische Variante kann bzw. konnte an die Bedeutsamkeit der früheren *Radikal* anknüpfen.

Anmerkungen

1 Vgl. »Die Geschichte der Vorgeschichte zur Geschichte«. In: 20 Jahre *Radikal*, Geschichte und Perspektiven autonomer Medien. Hrsg.: Verlag Libertäre Assoziation/Unrast Verlag/Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße/ Edition ID-Archiv (1996), online unter: kurzlinks.de/radikal

2 Vgl. »Zeitung für unkontrollierte Bewegungen. Die *Radikal* von 1980–1984«. In: 20 Jahre *Radikal* (siehe Anm. 1)

3 Detailliert zum Prozess u. a. bei Johannes Eisenbergs Nachruf auf Hans-Christian Ströbele, online unter: www.lto.de/recht/hintergruende/h/hans-christian-stroebele-tot-verstorben-portrait-nachruf-strafterverteidiger-anwalt-rechtsanwalt

4 Vgl. [Radikal 1984–1989. Ein Interview](#), ID-Archiv im IISG Amsterdam (Hrsg.), 1989

5 Vgl. [Radikal 1984–1989. Ein Interview](#), ID-Archiv im IISG Amsterdam (Hrsg.), 1989

6 Vgl. *Radikal* – Dokumentation kriminalisierter Texte, Berlin 1997

7 Ausführlich zum Suizid von Alexandra Maria Kiss im Nachruf [»Alex lebt in unseren Herzen und in unseren Kämpfen weiter!«](#)

→ Florian Osuch schrieb an dieser Stelle zuletzt am 24. Juni 2026 über den Widerstand der Zeugen Jehovas gegen die Nazis: »[Späte Anerkennung](#)«

<https://www.jungewelt.de/artikel/525997.linke-bewegungen-die-zensur-umgangen.html>